

**Gabriele Winker**

## **Fragile Familienkonstruktionen in der gesellschaftlichen Mitte**

### **Zum Wandel der Reproduktionsarbeit und den politischen Konsequenzen**

---

Die Einkommensmittelschicht schrumpft, die Zahl der an der Armutsgrenze Lebenden steigt. Damit verliert auch das Modell des Familienernährers seine Bedeutung. Im neoliberal verfassten Kapitalismus sind alle dazu aufgerufen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und für die eigene Reproduktion genauso eigenverantwortlich zu sorgen wie für die Erziehung der Kinder und die Unterstützung bedürftiger Familienangehöriger. Das Reproduktionshandeln aller Einzelnen verändert sich in dieser Situation. Es lassen sich ökonomisierte, prekäre und subsistenzorientierte Familienmodellen unterscheiden, in denen die anfallende Reproduktionsarbeit in unterschiedlicher Weise realisiert wird. Für alle diese Familienkonstrukte besteht insbesondere für die Arbeitssituation von Frauen unterschiedlicher, aber dringender politischer Handlungsbedarf.

### **Schrumpfen der Mitte und veränderte Familienkonstruktionen**

Die empirischen Daten sprechen eine deutliche Sprache: Die bundesdeutsche Mittelschicht – verstanden als die Bevölkerungsgruppe mit mittlerem Einkommen – schrumpft. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat sich die Einkommensmittelschicht in Deutschland allein in den Jahren 2000 bis 2006 von 62 Prozent der Bevölkerung auf 54 Prozent der Bevölkerung verkleinert (Grabka/Frick 2008: 102f.). Die DIW-Forschergruppe definiert den Teil der Bevölkerung als Mittelschicht, die zwischen 70 und 150 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen<sup>1</sup> verfügen – unabhängig von anderen sozialen Indikatoren wie Bildung oder Beruf und auch unabhängig von unterschiedlichen Einkommensquellen innerhalb eines Haushaltes. Diese Studie verdeutlicht, dass vor allem Paare mit minderjährigen Kindern bis zu 16 Jahren und auch Personen in Mehrgenerationenhaushalten aus der Einkommensmittelschicht herausfallen (ebd.: 105).

Mit dem Schrumpfen der Mittelschicht geht das Anwachsen der Gruppe der einkommensschwachen Haushalte einher, die über weniger als 70% des Median der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen verfügen und damit an der Armutsgrenze liegen. 2006 gehörte über ein Viertel der gesamten Bevölkerung in diese Gruppe, wobei dort Alleinerziehende weit überproportional vertreten sind (ebd.: 103ff.).

Gleichzeitig wächst die Sorge vieler Bürger und Bürgerinnen um die eigene wirtschaftliche Situation – auch in großen Teilen der Mitte (ebd. 106f.) Robert Castel (2000: 360ff.) spricht in diesem Zusammenhang von sozialer Verwundbarkeit der Mittelschicht, da bisher sozialstaatlich abgefederte soziale Risiken immer weitgehender den Einzelnen überlassen bleiben. So fühlt die Einkommensmittelschicht, dass der erreichte Lebensstandard und die errungenen beruflichen und sozialen Positionen durchaus gefährdet sein können (Vogel 2008: 95f.).

Bei dieser politisch bedeutenden Debatte um die wachsende Armut und die zunehmende Sorge um die wirtschaftliche Zukunft steht allerdings einmal mehr die Erwerbsarbeit im Zentrum der Diskussion. Die Frage, was diese polit-ökonomischen Entwicklungen für Familien<sup>2</sup> bedeuten, die zumindest ideologisch als Hort der Sicherheit und der gegenseitigen Solidarität gelten, wird dagegen wenig gestellt. Ebenfalls kaum thematisiert wird, wie sich das Reproduktionshandeln verändert. Für eine kritische Gesellschaftsanalyse sind allerdings diese Überlegungen mit einzubeziehen und der Arbeitsbegriff neu zu fassen als eine Einheit aus Lohn- und Reproduktionsarbeit. Dabei verstehe ich unter Reproduktionsarbeit die unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten, die nicht warenförmig, sondern am Gebrauchswert orientiert in privaten Bereichen realisiert werden. Dies umfasst vor allem die Ernährung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen als neue Generationen von Arbeitskräften sowie die Reproduktion der eigenen Arbeitsfähigkeit wie auch die Reproduktion anderer Erwerbspersonen. Reproduktionsarbeit im breiten Sinne, so wie ich sie verstehe, fokussiert nicht nur auf die (Wieder-)Herstellung von Arbeitskraft, sondern bezieht auch das Überleben und Wohlbefinden ehemaliger Arbeitskräfte und damit die Versorgung unterstützungsbedürftiger alter Menschen ein. Anders ausgedrückt umfasst Arbeit sowohl Erwerbsarbeit als auch Eigentätigkeit und wechselseitige Sorgearbeit in Familien, Nachbarschaften oder Ehrenämtern (vgl. Rose 2004: 45).

Unter Zugrundelegung dieses umfassenden Arbeitsbegriffs zeige ich im Folgenden, dass die beschriebenen Verunsicherungen im Mittelstand und die zunehmende Armut mit einem deutlichen Wandel der Reproduktionsarbeit und den Arbeitsbedingungen der Reproduktions-AkteurInnen einhergehen. Denn es laufen gleichzeitig drei polit-ökonomische Entwicklungen ab, die alle dazu beitragen, die Realisierung von Reproduktionsarbeit zu erschweren:

Erstens verschwindet der Familienernährer: Das Ernährermodell hatte in einer kurzen, ökonomisch verhältnismäßig stabilen Zeit Anfang der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland seine Hochzeit und war für einen großen Teil des damaligen Mittelstands bestimmend. Der Lohn bzw. Gehalt des meist männlichen Ernährers entsprach einem Familienlohn, der die Alimentation der Ehefrau und die finanzielle Versorgung von Kindern erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten. Soziale Risiken im Bereich Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit und Altersversorgung waren weitgehend abgesichert durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen, die auf die Absicherung des jeweiligen Lebensstandards gerichtet waren. Mit zunehmenden ökonomischen Krisen wird seit Mitte der 1970er Jahre deutlich, dass das Ernährermodell für die Kapitalverwertung mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist – einem Familienlohn sowie hohen Sozialausgaben (vgl. Winker 2007). Gleichzeitig gerät auch die ideologische Akzeptanz dieses Geschlechterhierarchie konstruierenden Modells im Zusammenhang mit der zweiten Welle der Frauenbewegung ins Wanken.

So leben heute in der BRD nur noch 35% aller Paare mit Kindern unter 15 Jahren allein vom Vater als Familienernährer (Statistisches Bundesamt 2008: 18). Sinkende Reallöhne führen dazu, dass sich nicht nur Einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder des Mittelstands dieses Modell nicht mehr leisten können. Heute sind alle erwerbsfähigen Familienangehörigen gefordert – unabhängig von ihrem Geschlecht, dem Familienstatus sowie der Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Sie sollen sich als UnternehmerInnen ihrer Selbst um die eigenverantwortliche Vermarktung ihrer Arbeitskraft kümmern.

Zweitens verliert auch das traditionelle Konzept der Hausfrau an Bedeutung. Während Frauenerwerbstätigenquoten im Zeitraum von 1960 und 1970 zwischen 46% und 48% und bei Müttern mit kleinen Kindern deutlich darunter lagen, steigt die Erwerbstätigenquote von Frauen seither kontinuierlich auf 64% im Jahre 2007 an<sup>3</sup> und liegt nur noch bei Müttern mit kleinen Kindern unter 3 Jahren deutlich darunter (BMAS 2008: 68). So stehen viele Frauen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforderungen – nicht mehr umfassend für die Reproduktion aller Familienmitglieder zur Verfügung. Dies lässt sich als späte Erfolge der zweiten Frauenbewegung lesen, führt allerdings mit dem Phänomen, dass trotz steigender Erwerbstätigenquoten finanzielle Unsicherheit und Armut zunehmen, zu einer neuen Problematik: Für viele Frauen wird die Abhängigkeit als Hausfrau vom Familienernährer ersetzt durch eine Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen von ALG II, auch in Zeiten hoher Reproduktionsanforderungen.

Drittens steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Reproduktionsarbeit. Familien werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe von Eltern, primär von Müttern, mobil und flexibel zur Verfügung zu stehen für die Hausaufgabenbetreuung, das warme Mittagessen oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten. Dazu kommt die wachsende Verantwortung für kranke und unterstützungsbedürftige Angehörige, nicht zuletzt aufgrund staatlicher Deregulierung. Gefordert ist auch in Familien ein erhöhtes Expertenwissen in Bezug auf Gesundheit, Bildung sowie vielfältige Ausprägungen von Sozialkompetenz. Und auch die individuelle Reproduktion wird immer aufwendiger. Es gilt ebenso die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern wie einen eigenverantwortlichen Umgang mit permanenten Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen. Insbesondere Frauen müssen die unterschiedlichen, durch die steigenden Anforderungen immer dichter werdenden Zeitpläne der Familienmitglieder synchronisieren und leiden selbst unter permanenter Zeitnot bzw. Stress. Wegen dieser erhöhten inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen hält es unsere Forschungsgruppe für notwendig, das Konzept des Arbeitskraftunternehmers (Pongratz/Voß 2003) um die steigenden Anforderungen an Eigenverantwortung und Koordination im Bereich der Reproduktionsarbeit zu erweitern. Dafür erscheint uns der Begriff der „ArbeitskraftmanagerIn“ angemessen, weil er die aktive Koordinierung und Synchronisation von Tätigkeiten ganz verschiedener Art in allen Arbeitsbereichen betont (Winker/Carstensen 2007).

Die Kombination von fallenden Haushaltsnettoeinkommen, zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und steigenden Reproduktionsanforderungen führt zwangsläufig zu der Frage, wer in dieser Situation die zur Reproduktion der berufstätigen Familienmitglieder, aber auch die zur Erziehung von Kindern und zur Versorgung unterstützungsbedürftiger Angehöriger notwendigen Tätigkeiten realisieren soll. Diese Tätigkeiten überschreiten in der BRD 2001 mit einem Gesamtvolumen von 96 Mrd. Stunden um das 1,7 fache die insgesamt 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit und sind weit überproportional Frauen zugeordnet (BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003: 11). Diesen meist weiblichen Akteurinnen fehlen allerdings immer mehr die finanziellen Ressourcen sowie die für das Reproduktionshandeln notwendige Zeit.

## **Familienpolitik als Wirtschaftspolitik**

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Problematik heißt eindeutig Vorrang für die Frauenerwerbstätigkeit: In ihrem das Bundesfamilienministerium verfassten Gutachten empfehlen Bert Rürup und Sandra Gruescu (2003: 57) „eine Erhöhung der Geburtenrate sowie eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen“. Hinter dieser als nachhaltig bezeichneten Familienpolitik stehen primär ökonomische

Ziele. Denn der Bevölkerungsrückgang, so Rürup/Gruescu (2003: 52ff.), führe zu einer Beeinträchtigung des Sozialprodukts. Demzufolge gelte es, dieser Entwicklung durch eine Steigerung der Geburtenrate entgegenzuwirken. Gleichzeitig soll mit der Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote versucht werden, auch kurzfristig das Erwerbspersonen- und Fachkräftepotenzial zu stabilisieren und damit den vorhergesagten drohenden Arbeits- und Fachkräftemangel zumindest abzumildern. Wie sich die staatliche Familien- und Pflegepolitik die Realisierung steigender Reproduktionsarbeiten vorstellt, zeigen die vielfältigen neuen Gesetze, auf die ich im Folgenden kurz eingehe.

So wurde zum 1. Januar 2007 das Elterngeld eingeführt, das für die Dauer von 12 bzw. 14 Monate gewährt wird, um für so genannte Leistungsträger Anreize zu schaffen, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Das Elterngeld stellt eine Förderung von gut verdienenden Beschäftigten dar, da es sich um eine staatliche Lohnersatzleistung handelt, deren Höhe sich bis zur Höchstgrenze von € 1800 monatlich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Mütter und Väter ohne Einkommen erhalten nur ein einkommensunabhängiges Mindestelterngeld in Höhe von € 300 pro Monat, so dass das neue Elterngeld Hausfrauen und -männer oder Menschen in der Ausbildung deutlich schlechter stellt als zuvor, da für diese Gruppe das bisherige Erziehungsgeld mit einem Regelbetrag von € 300 zwei Jahre lang gezahlt wurde.

Nach dieser Elternzeit sollen Eltern wieder in die Berufstätigkeit zurückkehren. Deswegen verpflichten sich Bund, Länder und Kommunen 2008 mit dem Kinderförderungsgesetz für 35% der Kinder unter 3 Jahren Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in der deutlich kostengünstigeren Kindertagespflege zu schaffen (BMAS 2008: XXIII). Ferner gibt es bereits einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Familien, nach dem die anfallenden Gebühren für Kindertagesstätten, Tagesmütter und sonstige haushaltsnahe Dienstleistungen in Zukunft umfassender und einfacher von der Steuer abzugsfähig werden.

Die hohe Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit wird auch bei der Ende 2007 verabschiedeten Unterhaltsreform deutlich. Danach erhalten alle Kinder des unterhaltspflichtigen Partners oder der Partnerin Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Ehefrauen oder auch -männer; deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt bzw. entfällt ganz. Frauen sollen nach einer Scheidung so rasch wie möglich 'wirtschaftliche Verantwortung' übernehmen, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben. Ein Recht auf vollen Unterhalt der betreuenden Mutter besteht nur in den ersten drei Lebensjahren. Das Oberlandesgericht in Hamm erwartet beispielsweise von den geschiedenen Müttern, dass sie nach dem dritten Lebensjahr des Kindes zumindest einen 400 Euro Job, nach dem 7. Geburtstag eine Halbtagsstätigkeit und nach dem 11. Geburtstag einen Vollzeitjob aufnehmen (taz vom 9. Mai 2008). Da der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen in der BRD um 24% unter dem

durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern liegt<sup>4</sup> und Frauen vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden mit diesem neuen Recht viele Reproduktionsarbeit leistende Frauen ihren Lebensstandard verlieren.

Der eingeschlagene politische Weg ist über gesetzliche Maßnahmen wie Elterngeld, Kinderkrippen, Unterhaltsreform klar: Frauen und Männer sollen möglichst umfassend erwerbstätig sein. Damit dennoch die geringe Fertilitätsrate nicht weiter sinkt bzw. möglichst erhöht wird, werden alle Formen kostengünstiger familiärer oder halbfamiliärer Betreuungsarbeiten durch steuerliche Absetzungsmöglichkeiten (Kinderbetreuungskosten), staatliche Transferzahlungen (Kinder- und Elterngeld), gesetzliche Regulierungen (Unterhaltszahlungen für Kinder statt für Ehefrauen) sowie Kindertagespflege bei schlecht bezahlten Tagesmüttern unterstützt. Nur dort wo diese Maßnahmen nicht ausreichen, werden kostenaufwendige staatliche Kindertageseinrichtungen realisiert.

Familienpolitik erweist sich somit klar als Wirtschaftspolitik. Es geht nicht um Familienförderung im breiten Sinne, also um die Schaffung preisgünstigen Wohnraumes für Familien mit Kindern, hochwertiger gebührenfreier und flächendeckend verfügbarer Kinderbetreuungseinrichtungen oder eines Kosten deckenden Kindergelds für alle. Damit stehen im Fokus derzeitiger Familienpolitik nicht finanziell schwache Familien oder erwerbslose bzw. schlecht verdienende Mütter, sondern hoch qualifizierte berufstätige Frauen, die der finanziell gut gestellten stabilen Mittelschicht angehören und die motiviert werden sollen, die neue Generation von Arbeitskräften auf die Welt zu bringen und entsprechend der erhöhten Bildungsanforderungen zu erziehen.

Völlig offen bleibt bei dieser Form von Familienpolitik, wer die nicht warenförmig abzuwickelnden Reproduktionsarbeiten tätigen soll. So ist es auch nicht verwunderlich, dass nach einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2008: 4) nur 18 Prozent der berufstätigen Mütter der Meinung sind, Familie und Beruf ließen sich gut vereinbaren, während 64 Prozent dagegen mit der derzeitigen Situation unzufrieden sind.

Noch deutlicher wird der niedrige Stellenwert von Reproduktionsarbeit bei Pflegebedürftigen und Alten. Während Kinder die Arbeitskräfte von morgen darstellen und deswegen dort Betreuungsangebote derzeit etwas ausgebaut werden, scheinen Ältere keine gesellschaftliche Bedeutung mehr zu haben und deren Unterstützung wird zu großen Teilen Familien überlassen. So sichern Privathaushalte und dort zumeist die weiblichen Familienmitglieder den allergrößten Anteil der Pflege ab, die über Transferzahlungen der Pflegeversicherung geringfügig finanziell unterstützt werden. Diese familiäre Pflege ist für den Staat kostengünstig und leicht umsetzbar, da sie als human gilt. Solange vor allem Familienmitglieder im Rentenalter bzw. in

ihren letzten Erwerbsjahren die Pflege übernehmen, wird damit auch nur in Grenzen die Erwerbstätigenquote eingeschränkt. Für Pflegende, die erwerbstätig sind, sieht das 2008 verabschiedete Pflegegesetz einen Anspruch auf eine unbezahlte sechsmonatige Freistellung. Bezahlte Pflagetage – vergleichbar mit der Freistellung bei Krankheit von Kindern – ließen sich nicht durchsetzen.

Erst wenn Familien die anfallenden Pflegeleistungen nicht mehr alleine übernehmen können, kommt es zur Ökonomisierung der Altenpflege. Dabei erhalten kostengünstige Pflegekräfte in den Haushalten, die von der Steuer absetzbar sind, sowie ambulante Unterstützungsleistungen Vorrang vor der kostenintensiven stationären Unterbringung. Das Prinzip, dass staatlich organisierte Transferleistungen gegenüber dem Ausbau staatlicher Infrastruktur zu bevorzugen sind, setzt sich hier noch deutlicher durch als bei der Kindererziehung (vgl. ausführlicher Winker 2008).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die derzeitige neoliberal ausgerichtete Politik Familien nur dort unterstützt, wo ansonsten die Erwerbstätigkeit von Frauen gefährdet ist, wobei die damit verbundenen Transferleistungen primär der ohnehin bereits finanziell besser gestellten Mittelschicht und den Einkommensstarken zugute kommen. In allen anderen Bereichen gibt es bestenfalls geringe finanzielle Anreize, damit Familien möglichst viele Reproduktionstätigkeiten übernehmen.

## **Familienmodelle**

Da staatliche Politik wie gezeigt kaum Unterstützung für alltäglich anfallende Reproduktionstätigkeiten bietet, bleibt es die Aufgabe von allen Einzelnen den Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit zu meistern. Als ArbeitskraftmanagerInnen sollen sie bei verstärkten Flexibilitätsansprüchen, kontinuierlichem Leistungsdruck, verlängerten Arbeitszeiten und sinkenden Reallöhnen ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Gleichzeitig sollen sie große Teile der weiter zunehmenden Reproduktionstätigkeiten bei der Kindererziehung, aber auch der Betreuung von unterstützungsbedürftigen Alten übernehmen. Dies ist sowohl aus zeitlichen Gründen noch wegen der vielfältigen inhaltlichen Anforderung kaum zu schaffen. Familienmitglieder sind allerdings primär aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen höchst unterschiedlich in der Lage, mit diesem Dilemma umzugehen. Deswegen halte ich es für zu kurz gegriffen, in Abgrenzung vom Familienernährermodell jetzt von einem Doppelverdiener-Modell oder bei Teilzeitarbeit, die meist von Frauen ausgeführt wird, von einem schwachen Ernährermodell zu sprechen. Wichtig für eine Kritik der derzeitigen Situation sind differenziertere Analysen. Idealtypisch unterscheide ich deswegen zwischen drei Familienmodellen: dem ökonomisierten, dem prekären und dem subsistenzorientierten Familienmodell, die mit den aktuellen sozio-ökonomischen Entwicklungen an Bedeutung gewinnen.

## **Auslagerung von Reproduktionsarbeit im ökonomisierten Familienmodell**

Unter dem ökonomisierten Familienmodell fasse ich Familien, in denen es zwei ErnährerInnen gibt, die jeweils mindestens über einen Durchschnittslohn verfügen. Hierunter fallen Haushalte, die mit ihrem verfügbaren Nettoeinkommen über dem Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen liegen und damit zu finanziell besser gestellten Mittelschicht oder zu den Einkommensstarken gehören. Diese Familien können einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard aufrechterhalten. Sie profitieren in besonderem Maße von einem höheren Kindergeld durch Steuerfreibeträge, den Lohnersatzleistungen beim Elterngeld und auch von einer vergleichsweise hohen Absicherung im Alter. Und auch bei Pflegefällen in der eigenen Familie erlaubt ein finanzielles Polster mit Zuzahlungen zum nicht kostendeckenden Pflegegeld eine angemessene ambulante Versorgung oder eine stationäre Unterbringung eines Familienmitgliedes. Zwar greift auch in dieser Gruppe der Rückbau staatlicher Absicherung z.B. bei Erwerbslosigkeit, doch können in diesem Fall die PartnerInnen dieses Arbeitsmarktrisiko gegenseitig so weit absichern, dass sie nicht aus der Mittelschicht herausfallen.

PartnerInnen in diesem Modell, zumal wenn sie im Beruf eigenverantwortlich und flexibel agieren, haben allerdings kaum Zeit für aufwendige Betreuungs- und Pflegeaufgaben. Da staatliche Betreuungsangebote nur punktuell zur Verfügung stehen, werden Reproduktionstätigkeiten verstärkt an haushaltsnahe Dienstleisterinnen ohne soziale Absicherungen in Auftrag gegeben und damit ökonomisiert. Die AutorInnen des Siebten Familienberichts (BMFSFJ 2006: 92) gehen davon aus, dass der Privathaushalt der Beschäftigungssektor mit dem höchsten Anteil ungeschützter Beschäftigung ist. Primär illegalisierte Migrantinnen aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika und Asien übernehmen diese Tätigkeiten in den Haushalten. Sie sind angesichts ihres prekären Aufenthaltsstatus gezwungen möglichst unsichtbar zu bleiben. Sie übernehmen vielfältigste Reproduktionstätigkeiten gegen einen geringen Stundenlohn, ohne Absicherung bei Krankheit und ohne Ansprüche auf Urlaub. Diese Migrantinnen schließen mit ihrer Kostengünstigkeit und Unabgesichertheit passgenau eine Versorgungslücke zwischen globalisierter Ökonomie, neoliberaler Politik und ökonomisierten Familien.

Mit der Delegierung und Ökonomisierung von Reproduktionstätigkeiten werden die mit diesen Tätigkeiten verbundenen geschlechtlich ungleichen Arbeitsteilungen innerhalb von Familien ansatzweise aufgeweicht. Und auch wenn die nicht zu ökonomisierenden Tätigkeiten meistens von den Familienfrauen übernommen werden, gleichen sich im ökonomisierten Familienmodell die familiären Anforderungen von Frauen und Männern tendenziell an. Grundbedingung dafür ist jedoch allermeist eine ethnisierte Arbeitsteilung zuungunsten illegalisierter Migrantinnen.

## **Doppelbelastungen von Frauen im prekären Familienmodell**

Dem prekären Familienmodell ordne ich Familien zu, in denen es maximal einen in Vollzeit tätigen 'Normalbeschäftigten' gibt, der heute allerdings meist nicht mehr in der Lage ist, eine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard zu versorgen. Die zweite Person oder beide sind in diesem Modell in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Da es meistens Frauen sind, die sich über Teilzeit, Mini- oder Midi-Jobs selbst keine Existenz sichernde Perspektive erarbeiten können, bleiben sie vom Hauptnährer abhängig. Inzwischen sind allerdings oft auch Männer in prekären Arbeitsverhältnissen von ihren in Vollzeit arbeitenden Partnerinnen abhängig.

Prekäre Familienkonstellationen leben in der Unsicherheit, dass plötzlich ein Einkommen wegbricht und/oder unvorhergesehene Zusatzkosten wie etwa Scheidung oder Krankheit den Haushalt belasten. Die Familienmitglieder in diesem Modell leiden in besonderem Maße am Abbau der öffentlichen Versorgungs- und Unterstützungsleistungen. Sie haben Angst, ihren mühsam erworbenen Lebensstandard zu verlieren. Hier gibt es keine Sicherungszonen mehr. Bei längerer Erwerbslosigkeit, bei schwerer Krankheit bleibt nur noch die von der früheren Erwerbsposition unabhängige Grundabsicherung auf niedrigerem Niveau.

In solchermaßen unsicheren Situationen sind vor allem Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Sie versuchen über Erwerbsarbeit möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen und sind dennoch nach wie vor für den Großteil der Reproduktionsarbeit zuständig. Die Familienmitglieder im prekären Familienmodell haben im Vergleich zu dem ökonomisierten Familienmodell deutlich weniger Handlungsspielräume, da die Betreuungs- und Pflegearbeit aus finanziellen Gründen nicht an bezahlte Dritte weitergegeben werden kann. Diese Doppelbelastung wird im prekären Familienmodell in Zukunft weiter zunehmen, wenn soziale Risiken wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit durch die Einschränkungen in der Sozialversicherung für viele Menschen finanziell nicht mehr abgedeckt sind. Im prekären Familienmodell kommt es zu deutlichen Tendenzen der (Re-)Familiarisierung von Reproduktionsarbeit.

## **Individuelle Überlebensstrategien im subsistenzorientierten Familienmodell**

Im subsistenzorientierten Familienmodell finden sich Familien wieder, die ohne Existenz sichernde Erwerbsarbeit auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Kurzfristige Strategien zur Existenzsicherung stehen hier im Vordergrund. Grundsätzlich müssen alle Mitglieder, die in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft leben und den Anforderungen des Arbeitslosengelds II unterworfen sind,

unabhängig vom Geschlecht ihnen angebotene Jobs wahrnehmen. Auch sind alle Erwerbsfähigen einer Bedarfsgemeinschaft grundsätzlich gezwungen, für eine andere Person und auch für Kinder unabhängig von einer Elternschaft finanziell einzutreten und die Verantwortung zu übernehmen.

Allerdings wird ein geringfügiger Schonraum für Kindererziehung und Pflēgetätigkeiten gewährt. Solange das jüngste Kind unter drei Jahre alt ist, ist die Erwerbsfähigkeit eines Elternteils eingeschränkt, erst danach ist wieder jede Erwerbsarbeit zumutbar. Dies gilt auch für die Übernahme von Pflēgetätigkeiten bei Angehörigen, wenn keine andere Lösung möglich ist. Hier sind es auch primär Frauen, die für Kinder und pflēgebedürftige Erwachsene die Betreuung übernehmen. Da die meisten Familien von der Grundsicherung kaum leben können, unternehmen meist Frauen darüber hinaus vielfältigste Aktivitäten, um aus dieser Situation herauszukommen. Auch sie entsprechen damit den Appellen zur 'Selbstführung', ohne allerdings über entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu verfügen.

## **Differenzierungsmerkmale**

Anhand der typisierten Familienmodelle lässt sich zeigen, dass weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit erledigen, die konkrete Arbeitsteilung stellt sich jedoch je nach finanziellen Ressourcen und damit je nach Klassenlage unterschiedlich dar. Der ungleiche Zugang zu der Erwerbssphäre führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Realisierung notwendiger Reproduktionstätigkeiten. Damit wird deutlich, dass die konkrete Form der Reproduktionsarbeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterworfen ist. Darüber hinaus ist die an alle gleichermaßen gestellte Aufforderung, selbstständig für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, vor allem für diejenigen mit hohen Belastungen verbunden, die unter prekären Erwerbsbedingungen oder als Erwerbslose für Kinder und/oder Pflēgebedürftige verantwortlich sind. So führen nicht nur ungleiche Zugänge zur Erwerbsarbeit sowie Lohndifferenzierungen, sondern auch das unterschiedliche Ausmaß der Reproduktionsarbeit zu deutlich ungleichen Chancen das eigene Leben zu gestalten und treiben viele – vor allem, aber nicht nur Frauen – in fragile und hoch belastende Arbeitssituationen.

## **Handlungsstrategien**

Angesichts der schlecht bezahlten und unabgesicherten Haushaltsangestellten sowie der doppelt belasteten oder an der Armutsgrenze lebenden Reproduktionsarbeiterinnen muss die Unterstützung und Absicherung qualitativ hochwertiger Reproduktionsarbeit in das Zentrum politischen Handelns rücken. Dabei halte ich es

allerdings nicht für sinnvoll, Reproduktionstätigkeiten wie Kindererziehung oder Pflege wie jede andere Ware auch dem Profitstreben zu unterwerfen. Betreuungs- und Pfl egetätigkeiten können aber auch nicht weiter einzelnen, vor allem weiblichen Individuen auferlegt werden. Ziel sollte es deshalb sein, dass Reproduktionstätigkeiten in familiären Zusammenhängen auf Freiwilligkeit beruhen und ansonsten von professionellen Fachkräften realisiert werden, die in staatlich und genossenschaftlich organisierten Institutionen ohne Profitzwänge arbeiten. Dies ist durch folgende Handlungsstrategien realisierbar:

Um sich für familiäre, nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Reproduktionsarbeit überhaupt entscheiden zu können, bedarf es erstens Zeit. Daher ist eine Reduktion der individuellen Erwerbsarbeit wichtig, indem eine verbindliche und drastische Arbeitszeitverkürzung realisiert wird. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit hat – mit Ausnahme der sehr gut Verdienenden – ohne Lohnkürzungen zu erfolgen, um die ständig fallende Lohnquote auszugleichen und allen Erwerbstätigen eine der gesellschaftlichen Entwicklung angemessene Reproduktion für sich und ihre Kinder zu ermöglichen.

Die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Reproduktionsarbeit gilt es zweitens mit einem Netz außerfamilialer, staatlich oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen zu verbinden. Notwendig ist der Ausbau von differenzierten Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Altenpflege, die überall dort zum Einsatz kommen sollten, wo Tätigkeiten innerhalb von Familien nicht realisierbar sind oder gemeinschaftliche Reproduktion deutlich mehr Qualität hervorbringt. Auch qualitativ hochwertige Bildungsangebote und umfassende Gesundheitsversorgung würden viele familiäre Reproduktionstätigkeiten erleichtern. Diese Dienstleistungen gilt es von professionell ausgebildetem Personal steuerfinanziert ohne Gebühren anzubieten.

Drittens ist eine gesellschaftliche Aufwertung von Reproduktionsarbeit enorm wichtig. Als Voraussetzung sind zunächst personennahe Dienstleistungen deutlich besser zu entlohnen. Es ist völlig unangemessen, dass der Umgang mit Maschinen deutlich besser bezahlt wird als die Pflege von Menschen. Mit der Aufwertung von Reproduktionsarbeit verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen ließen sich auch die finanziellen und rechtlichen Arbeitsbedingungen von insbesondere Haushaltsangestellten mit Migrationshintergrund in der häuslichen und beruflichen Betreuungs- und Pflegearbeit verbessern, die bisher weitgehend als 'Dienstmädchen' gesehen, illegalisiert und schlecht bezahlt werden.

Viertens ist eine grundlegende soziale Absicherung notwendig für Kinder und Erwachsene ohne Erwerbstätigkeit, die auf qualitativ hohem Niveau die menschlichen Bedürfnisse im Bereich Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheit abdeckt. Hier bietet sich das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens an, das bedin-

gungslos und ohne Bedarfprüfung an jedes Individuum gezahlt wird und in der Höhe so ausgestattet ist, dass es die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wichtig ist dabei, dass das Grundeinkommen tatsächlich bedingungslos ohne Zwang zur Erwerbsarbeit, aber auch ohne Zwang zur Reproduktionsarbeit für Dritte ausgezahlt wird.

Mit diesen Politikansätzen, die professionelle Dienstleistungen in staatlichen Institutionen und gut entlohnte Haushaltsarbeiterinnen verbindet mit familiären Reproduktionstätigkeiten, die mit Zeit und existenzieller Absicherung der AkteurInnen erfolgen, eröffnen sich für viele Personen neue Handlungsmöglichkeiten. Allerdings lassen sich die dargestellten Maßnahmen, die für eine ökonomisch hoch entwickelte demokratische Gesellschaft als Selbstverständlichkeit gelten müssten, nicht leicht durchsetzen, da sie kostenintensiv sind und Profitraten beeinträchtigen. Chancen für eine Umsetzung dieser Programmatik gibt es dann, wenn auch großen Teile der Mittelschicht nicht weiter mit der Durchsetzung von Partialinteressen versuchen der drohenden Deklassierung zu entgegen, sondern es gelingt, solidarische Antworten auf die neuen Herausforderungen zu geben (vgl. Kronauer 2008: 373). Um dies zu erreichen, kann es eine wichtige politische Richtmarke sein, einen umfassenden Arbeitsbegriff inklusive der Reproduktionsarbeit ins politische Zentrum zu rücken und eine konsequente Umverteilungspolitik zur Absicherung der Lebensperspektiven für jede und jeden Einzelnen voranzutreiben.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Der Median der nach Personen gewichteten Haushaltsnettoeinkommen trennt die obere von der unteren Hälfte der EinkommensbezieherInnen.

<sup>2</sup> Ich folge bei der Familiendefinition zunächst der so genannten Zwei-Generationen-Regel im statistischen Sinn wonach Familie im Lebensformenkonzept alle Eltern-Kind-Gemeinschaften umfasst (Statistisches Bundesamt 2008: 6). Darüber hinaus beziehe ich im wahren Sinne des Wortes auch Mehrgenerationenhaushalte von Erwachsenen mit ein.

<sup>3</sup> Zum Vergleich: Die Erwerbstätigenquote von Männern liegt 2007 bei 74,7% (BMAS 2008: 68).

<sup>4</sup> [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Aktuell\\_\\_2,.templateId=renderPrint.psm](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Aktuell__2,.templateId=renderPrint.psm)

## Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) 2008: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Statistisches Bun-

desamt (Hg.) 2003: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2006: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Siebter Familienbericht

Castel, Robert 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz

Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. 2008: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: DIW-Wochenbericht, Nr. 10/2008, 101-108

Kronauer, Martin (2008): Verunsicherte Mitte, gespaltene Gesellschaft? In: WSI Mitteilungen 7/2008

Institut für Demoskopie Allensbach 2008: Familienmonitor. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Pongratz; Hans J.; Voß, G. Günter 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin

Rose, Barbara 2004: Sich Sorgen gestern heute und morgen. Alte und neue Kitchen Stories. In: Widersprüche, Heft 92, 37-49

Rürup, Bert; Gruescu, Sandra 2003: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Statistisches Bundesamt 2008: Familienland Deutschland. Wiesbaden

Vogel, Berthold 2008: Die Begriffe und das Vokabular sozialer Ungleichheit – in Zeiten ihrer Verschärfung. In: Eickelpasch, Rolf; Rademacher, Claudia; Ramos Lobato, Philipp (Hg.): Metamorphosen des Kapitalismus – und seiner Kritik. Wiesbaden, 93-103

Winker, Gabriele 2007: Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. In: Groß, Melanie; Winker, Gabriele (Hrsg.): Queer-|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster, 15-49

Winker, Gabriele 2008: Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen. In: Buchen, Sylvia; Maier, Maja S. (Hg.): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden, 47-62

Winker, Gabriele; Carstensen, Gabriele 2007: Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur ArbeitskraftmanagerIn. In: Feministische Studien, Nr.2, 277-288

*Prof. Dr. Gabriele Winker, Arbeitsgruppe Arbeit–Gender–Technik, TU Hamburg-Harburg, 21071 Hamburg*

*E-mail: winker@tu-harburg.de*



ses DNS-Splitting in  
Mehr-Marken-Konsortium  
turn Aura, Saab 9-5, Opel  
Ford (Europa-Focus  
vo S40/V50, Mazda  
gibt auch Grenz

Gruppe dürfte  
Combi dem Pa  
Leben ebenso  
wie der künft  
dem Audi A4 –  
gie mit Killer-

In den näch  
wird sich die M  
schaft in Kont  
deutlich verän  
Billigmarken al  
um-Anbieter wo  
schauen. So p